



Postulate

Postulat Peter Dörflinger, Patrizia Adam-Allenspach, Heidi Gerster Wolf: Perspektiven der städtischen Kulturpolitik; Frage der Erheblicherklärung

Peter Dörflinger, Patrizia Adam-Allenspach und Heidi Gerster Wolf sowie 41 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 13. Februar 2007 das beiliegende Postulat „Perspektiven der städtischen Kulturpolitik“ ein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

1. Die Kulturpolitik des Kantons befindet sich seit dem Bericht „Stand und Perspektiven der st.gallischen Kulturpolitik“ vom Dezember 2003 im Umbruch. Der Kanton will in der Kulturpolitik vermehrt Schwerpunkte setzen. In der Zusammenarbeit mit den Gemeinden wird eine Aufgabentflechtung angestrebt. Kriterium für das Engagement des Kantons ist dabei die Frage, wie weit eine Institution oder ein Projekt ausstrahlt. Diese Neuausrichtung der kantonalen Kulturpolitik stellt eine Chance und eine Herausforderung für die Kulturpolitik der Stadt dar.
2. Was das konkrete Engagement betrifft, ist die Neuausrichtung der kantonalen Kulturpolitik noch keineswegs abgeschlossen.

Im Jahr 2005 wurde die geltende Subventionsordnung betreffend Konzert und Theater St.Gallen bis 2011 verlängert. Eine endgültige Regelung der städtischen und kantonalen Beteiligungen war wegen Unsicherheiten bezüglich der NFA (Neue Finanz- und Aufgabenteilung) auf Bundesebene und bei der konkreten Umsetzung noch nicht möglich. Die Kostenteilung zwischen Kanton und Stadt bleibt deswegen bis 2011 unverändert.

Ebenfalls noch nicht weiter präzisiert ist zum jetzigen Zeitpunkt das Engagement der Kantons im Bereich Kunstmuseum und allenfalls anderer Museen der Stiftung St.Galler Museen.



Stadt und Kanton beabsichtigen, die Kantonsbibliothek und die Freihandbibliothek an einem Standort im Zentrum der Stadt zusammenzuführen. Verschiedene Standorte sind in Abklärung.

Auch was das Projekt Lokremise betrifft, ist eine Präzisierung des Vorhabens zu erwarten. Insbesondere wird sich dabei erweisen, was das in Bezug auf das städtische Engagement beim KinoK bedeutet.

Im Zusammenhang mit den mittelgrossen Kulturinstitutionen der Stadt hat der Kanton sein Engagement im Rahmen von Kultursprung 2006 konkretisiert. In Anerkennung der regionalen und überregionalen Ausstrahlung der Institutionen wurden in der Mehrheit der Fälle die kantonalen Beiträge substanziell erhöht. Die Neue Kunst Halle und das Museum im Lagerhaus unterstützt der Kanton neu mit Beiträgen in der Höhe von 150'000 bzw. 120'000 CHF. Damit engagiert sich der Kanton im gleichen Ausmass wie die Stadt. Die Kellerbühne unterstützt der Kanton neu mit 60'000 CHF (Stadt seit 2007 80'000 CHF). Beim kulturellen Probebetrieb im Palace beträgt die Unterstützung seitens des Kantons 60'000 CHF pro Jahr (Stadt 80'000 CHF). Einzig beim Figurentheater hat Kultursprung 2006 zu einer Reduktion der kantonalen Subvention geführt, da der Kanton neu alle Kleintheater mit demselben Betrag, nämlich 60'000 CHF, unterstützt. Der Kanton hat entsprechend einen Beitrag an die gegenwärtige Konsolidierung der mittelgrossen Kulturbetriebe geleistet.

Im Zuge der Aufgabenentflechtung hat der Kanton sein Engagement im Bereich von Einzelveranstaltungen und Einzelprojekten klar reduziert. Neu werden rein städtische Anlässe und Projekte konsequent nicht mehr unterstützt.

Weitere entscheidende Weichenstellungen in der kantonalen Kulturpolitik werden erwartet. Diese werden zweifelsohne markante Auswirkungen für die städtische Kulturpolitik haben. Für die Legislaturperiode 2009-2012 ist deshalb ein Kulturbericht und eine Überprüfung der kulturpolitischen Strategie der Stadt vorgesehen.

Der Stadtrat beantragt deshalb dem Stadtparlament, das Postulat **erheblich** zu erklären.

Information über die Stellungnahme des Stadtrates nach Art. 67 Geschäftsreglement des Stadtparlamentes:

- Die im Postulat angesprochene Neuausrichtung der kantonalen Kulturpolitik wird markante Auswirkungen auf die Stadt und ihr kulturelles Engagement haben. Eine allfällige Neuformulierung der städtischen Kulturpolitik ist deshalb angezeigt. Für die Legislaturperiode 2009-2012 ist deshalb eine Überprüfung und Anpassung der kulturpolitischen Strategie der Stadt vorgesehen. Der Stadtrat wird dazu Bericht erstatten.



Auf Antrag der Direktion Inneres und Finanzen beschliesst der Stadtrat:

1. Den vorstehenden Ausführungen wird zugestimmt.
2. Der Stadtpräsident wird beauftragt, im Stadtparlament zur Frage der Erheblichkeit in diesem Sinne Stellung zu nehmen.

Beilage:

Postulat vom 13. Februar 2007

Protokollauszug:

Direktion Inneres und Finanzen (5)

keine Öffentlichkeitsarbeit

Medienmitteilung

Medienkonferenz

